

19.18

Abgeordnete Mag. Dr. Petra Oberrauner (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Minister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuseherinnen und Zuseher! Tunesien, das lange Zeit die große Hoffnung des Arabischen Frühlings auf Demokratie gewesen ist, erlebt zurzeit einen Frontalangriff auf seine demokratischen Institutionen und den Umbau zu einem autoritären Staat. Das Parlament wurde entmachtet, fast alle Befugnisse sind weg. Oppositionspolitiker, Gewerkschafter:innen, Journalist:innen und Migrant:innen werden verfolgt und eingesperrt. Gleichzeitig verschlechtern sich die wirtschaftlichen Lebensbedingungen für die Menschen in Tunesien zusehends.

Für Europa hätten das Ende der Demokratie und die Destabilisierung Tunesiens große negative Auswirkungen, und zwar im Hinblick auf die Migration, im Hinblick auf unsere wirtschaftlichen Interessen, im Hinblick auf unser Ziel, Europas Nachbarregionen durch demokratische und wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren.

Europa muss also ohne Frage mehr tun, um demokratische Kräfte in Tunesien zu stärken und das Land wirtschaftlich zu unterstützen.

Der vorliegende Antrag wird der Situation aber nicht gerecht. ÖVP und Grüne haben leider nicht den Mut, den autokratischen Führungsstil des tunesischen Präsidenten und die Menschenrechtsverletzungen gegen oppositionelle Gewerkschafter, Journalist:innen und Migrant:innen im Antrag klar zu benennen. Damit bleibt der Antrag in der Tonlage hinter der Position der EU zurück, die die Situation in Tunesien mittlerweile deutlich anspricht.

Gleichzeitig fehlt dem Antrag jegliche kritische Überprüfung der eigenen und der europäischen Tunesienpolitik der vergangenen Jahre. Stattdessen beschränkt sich der Antrag zum Teil darauf, EU-Maßnahmen zu fordern, die sowieso bereits auf EU-Ebene in Vorbereitung sind.

Insgesamt bleibt der Antrag damit weit hinter dem zurück, was eigentlich möglich und nötig wäre. Er scheut davor zurück, die Verletzungen von

Demokratie und Menschenrechten in Tunesien klar anzusprechen, und es fehlen ihm Ideen und Forderungen, die über das hinausgehen, was die EU sowieso vorbereitet. Wir werden daher diesem mut- und ambitionslosen Antrag nicht zustimmen. – Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

19.21

Präsidentin Doris Bures: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Bettina Rausch. – Bitte.